

FAQ: DAS SOGENANNTEN „BÜRGER“-GELD

1. Hilft das „Bürger“-Geld Menschen, die Arbeit suchen?

Mit dem sogenannten „Bürger“-Geld bremst die Scholz-Regierung viele Arbeitssuchende aus. Statt ihnen vom ersten Tag an aktiv unter die Arme zu greifen, schafft das „Bürger“-Geld falsche Anreize und schmälert die Motivation, schnell wieder einen Job zu finden. Gleichzeitig plant die Scholz-Regierung, die Eingliederungshilfen im kommenden Jahr um 600 Millionen Euro zu kürzen – das sind gerade die Mittel, mit denen Menschen schnell wieder vermittelt werden sollen. Das führt in die falsche Richtung. Ziel unserer christdemokratischen Arbeitsmarktpolitik ist es, dass möglichst viele Menschen in Arbeit kommen. Das ist für uns eine Frage des Respektes, der Teilhabe, aber auch des guten Miteinanders in der Gesellschaft. Dabei setzen wir auch auf Eigenverantwortung, denn wir glauben an den Menschen, seine Fähigkeiten und Stärken. Das sogenannte „Bürger“-Geld ist ein Irrweg der Scholz-Regierung ins bedingungslose Grundeinkommen aus Steuermitteln.

2. Braucht es das „Bürger“-Geld für die Erhöhung der Regelsätze?

Nein. Die CDU will, dass die Regelsätze bei Hartz IV-Leistungen erhöht werden. Gerade im Lichte der steigenden Preise brauchen die Menschen, die auf diese Hilfe angewiesen sind, jetzt schnell die höheren Regelsätze. Es geht um Solidarität und Unterstützung für die, die diese jetzt brauchen. Deshalb will die CDU die Regelsätze jetzt gemeinsam mit der Bundesregierung erhöhen, das „Bürger“-Geld der Scholz-Regierung und damit das Ende des Prinzips vom „Fördern und Fordern“ lehnt die CDU ab.

3. Passt das „Bürger“-Geld zum Prinzip „Fördern und Fordern“?

Ist jemand auf die Unterstützung und die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen, dann ist das immer ein tiefer Einschnitt für das eigene Leben und das der gesamten Familie. Geht es nach der Scholz-Regierung, sollen die Menschen mit dem sogenannten „Bürger“-Geld für eine entscheidende Zeit vom Staat einfach in Ruhe gelassen werden. Sinnvoller wäre es, dass von denjenigen, die Unterstützung bekommen und arbeiten können, auch verlangt und erwartet wird, dass sie sich um einen Arbeitsplatz bemühen. Der bewährte Grundsatz des Förderns und Forderns wird ausgehebelt, Mitwirkungspflichten werden zeitweilig quasi auf Null reduziert, Vermögen in den ersten 24 Monaten nicht angetastet. Kurz: Arbeitssuchende werden nur noch verwaltet, nicht vermittelt.

4. Ist das „Bürger“-Geld sozial gerecht?

Sozial gerecht geht es zu, wenn auch auf die geschaut wird, die mit ihrer harten Arbeit soziale Leistungen finanzieren. Das kommt aber zu kurz. Wenn eine vierköpfige Familie mit einem Vermögen von 150.000 Euro das sogenannte „Bürger“-Geld bekommt, ohne dass das zwei Jahre lang geprüft wird, dann ist das für die hart arbeitenden Menschen, die kein solches Vermögen haben, aber diese Unterstützung finanzieren, schlicht nicht fair. Auch sollen die Wohnkosten für zwei Jahre nicht überprüft werden. Die CDU findet: Unser Sozialstaat ist dann erfolgreich, wenn er diejenigen unterstützt, die wirklich Hilfe von uns allen brauchen. Klar bleibt aber auch: Wer arbeitet, muss mehr haben als

der, der arbeiten kann und es nicht tut. Das ist für uns eine Frage des Respektes und des guten Miteinanders in der Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für gebotene Regelsatzerhöhungen ein, lehnen aber die mit dem „Bürger“-Geld verbundenen Schritte in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus Steuermitteln klar ab.

5. Wie bewertet der Bundesrechnungshof das sogenannte „Bürger“-Geld?

Der Bundesrechnungshof empfiehlt eine deutlich kürzere Zeit, in der Vermögen nicht angerechnet wird (Karenzzeit). Der Bundeshaushalt sollte nicht mit Ausgaben für Menschen belastet werden, die ausreichend Vermögen besitzen. Sanktionen hätten zudem eine präventive Wirkung, die sich positiv auf die Zusammenarbeit der Leistungsberechtigten mit dem Jobcenter, den Vermittlungsprozess sowie die Dauer des Hilfebezuges auswirkt.

6. Können die Jobcenter das Bürokratiemonster „Bürger“-Geld überhaupt umsetzen?

Warnungen vor einem Bürokratiemonster „Bürger“-Geld gibt es ohne Ende, selbst von denen, die die Pläne der Scholz-Regierung umsetzen müssen und sich daher am besten damit auskennen. So warnen die Personalräte der Jobcenter in einem Brandbrief vor einer akuten Überlastung der Beschäftigten. Und selbst die frühere SPD-Chefin und jetzige Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, warnt davor, dass dieses „Bürger“-Geld in der vorgesehenen Zeit nicht umsetzbar ist. Die Scholz-Regierung zeigt auch hier wieder einmal, dass sie das Handwerk nicht versteht und unausgeregorene Gesetze auf den Weg bringt. Anstatt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Jobcentern mehr Zeit zu geben, Menschen in Arbeit zu bringen, werden sie mit noch mehr Bürokratie belastet.

7. Ist das sogenannte „Bürger“-Geld schon beschlossene Sache?

Das von der Scholz-Regierung geplante „Bürger“-Geld ist ein Zustimmungsgesetz im Bundesrat. Es benötigt dort eine absolute Mehrheit, u. a. da es die Finanzhoheit der Länder betrifft. Die Parteien der Regierungskoalition haben keine erforderliche Mehrheit im Bundesrat und sind auf die Zusammenarbeit mit CDU und CSU angewiesen. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Die CDU schlägt vor, jetzt die höheren Regelsätze zu beschließen und alle weiteren Fragen in den kommenden Verhandlungen zu besprechen.

8. Was will die CDU, um Menschen wieder schnell in Arbeit zu bringen statt sie im „Bürger“-Geld zu verwalten?

Es ist richtig, die Grundsicherung an die Inflation anzupassen. Darüber hinaus wollen wir eine bessere Eingliederung in Arbeit, indem wir die Betreuung durch das Jobcenter verbessern. Dazu soll es u. a. einen einheitlichen Ansprechpartner für die gesamte Familie geben. In den Ämtern brauchen wir eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels in der Betreuung. Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Förderung junger Menschen legen, damit sie schneller eine Ausbildung beginnen können. Und schließlich muss sichergestellt werden, dass ausreichend Mittel für Leistungen für die Integration in Arbeit zur Verfügung stehen.